

# Auer Tageblatt

Verlegungen nehmen die Anzeiger und für Nummern die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Angabenpreis für Anzeigen aus dem Erzgebirge 20 Goldmarken, aus dem Erzgebirge 25 Goldmarken, aus dem Erzgebirge 30 Goldmarken, aus dem Erzgebirge 35 Goldmarken, aus dem Erzgebirge 40 Goldmarken.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1093

Nr. 140

Freitag, den 19. Juni 1925

20. Jahrgang

### Painlevés Marokko-Erklärung.

Die Ziele Abd el Krims. — Friedensausichten. — Keine gemeinsame Aktion Spaniens mit Frankreich.

Paris, 17. Juni. Heute nachmittag um 3 Uhr traten die Kammerausschüsse des Auswärtigen, der Marine, der Kriegsmarine und der Finanzen zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um die Mitteilungen Painlevés über Marokko anzuhören. Alles in allem hatten sich etwa 150 Abgeordnete zu dieser Ausschusssitzung eingefunden. Alle Anwesenden sollten sich auf Verlangen Painlevés verpflichten, die Mitteilungen des Ministerpräsidenten völlig geheim zu halten. Die kommunistischen Mitglieder der beteiligten Ausschüsse haben es jedoch abgelehnt, sich zur Geheimhaltung zu verpflichten. Die Sitzung mußte deshalb aufgehoben werden. Es verlautet, daß gegen Abend eine neue Sitzung stattfindet, zu der die Kommunisten nicht eingeladen sind.

Die sozialistische Kammerfraktion, deren Auseinanderfallen bei der gestrigen Abstimmung über die Beratung der kommunistischen Marokko-Interpellation lebhaft besprochen wird, hielt heute vormittag eine Fraktionsitzung über ihre Stellung zur Regierung ab. Zahlreiche Redner ergriffen das Wort, um die verschiedenartigen Auffassungen zu vertreten. Die Beratung wurde nach mehr als dreistündiger Dauer aufgehoben, ohne daß eine Beschlusfassung möglich gewesen wäre. Die sozialistische Fraktion wird heute abend eine neue Beratung abhalten.

Bei der gestrigen Abstimmung haben nach den berechtigten Zielen 17 Sozialisten, darunter Deon Blum, Paul Boncour und Renaudel für die von Painlevé beantragte Beratung der kommunistischen Interpellation gestimmt. Zwei Sozialisten und drei sozialistische Dissidenten stimmten dagegen. 83 Sozialisten haben sich der Abstimmung enthalten. Es war seit langem das erste Mal, daß die sozialistische Fraktion nicht geschlossen die gleiche Haltung beobachtet hat.

Painlevé konferierte heute vormittag mit dem Generalstaatssekretär General Debened. Es handelte sich dabei, wie verlautet, um die allgemein erwartete Ernennung eines neuen Oberbefehlshabers für die gesamte Marokkofront.

#### Audienz bei Abd el Krim.

Der Sonderberichterstatter des „Popolo d'Italia“ drahtet seinem Blatte aus Marokko eine hochinteressante Unterredung, die er mit Abd el Krim hatte. Dieser versicherte zunächst, daß die Krimtruppen bestens organisiert seien und nicht von fremden Offizieren befehligt würden. Frankreich und Spanien wünschten sich sehr, wenn sie mit der Wirkung einer etwaigen Hungerblockade rechneten. Das Misland könne auf drei Jahre ohne Zufuhr aus dem Auslande leben. Abd el Krim erklärte sich jederzeit bereit, über einen annehmbaren modus vivendi mit Frankreich und Spanien zu verhandeln. Die Krimtruppen würden jedoch niemals die weiße Fahne hissen.

Noch wichtiger ist, was Abd el Krim über die spanisch-französische Neutralität des Mislandes wegen, die sich in diplomatischen Kreisen hinter den Kulissen zuhört, mitteilte. Abd el Krim sagte: „Ich habe durchaus nicht die Absicht, mir einen neuen Feind zu schaffen, nachdem die Rivera sich bereit erklärt hatte, in Verhandlungen einzutreten, die heute schon sicher abgeschlossen wären, wenn Paris nicht durch einen scharfen Druck und große Verpöchnungen auf die Rivera eingewirkt hätte, so daß die Unterhandlungen unterbrochen wurden. Frankreich hat uns während des besten Bemühens Spaniens Beweise seiner Sympathie und seiner Eifersucht auf die Spanier gegeben. Es hielt den Beweis dafür erbracht, daß die Spanier außerstande seien, die Marokkaner zu regieren. Als die französische Regierung aber merkte, daß wir uns mit den Spaniern, die bisher als unsere gemeinsamen Feinde betrachtet wurden, verständigen würden, fing sie Verhandlungen zur Uebernahme der spanischen Marokkone an. Spanien forderte eine Milliarde Franken für die Uebertragung aller seiner Protektionsrechte in Marokko. Die französische Regierung zog die Verhandlungen aber hin in der Hoffnung, daß die Schwächung der spanischen Stellung in Marokko eine Ermäßigung dieser Forderung mit sich bringen würde. Inzwischen war England auf diesen beabsichtigten Handel zwischen Frankreich und Spanien aufmerksam geworden, wodurch der Abschluß neuerlich hingezögert wurde.“

Abd el Krim versicherte weiter, daß, wenn Fez noch nicht genommen sei, dies darauf zurückzuführen sei, daß die regulären marokkanischen Truppen die Stadt bisher nicht angegriffen hätten, denn sonst wäre Fez längst Abd el Krims Hauptquartier. Auf beiden Seiten werden augenblicklich entscheidende Schlachten vorbereitet, denen Abd el Krim mit vollkommener Ruhe entgegenstehe. Die spanischen Truppen seien kampfmüde, und die französischen Fremdenlegionäre seien oft in ganzen Scharen zu ihm übergelaufen.

Abd el Krim übernahm persönlich die Weiterleitung dieses Berichtes an den „Popolo d'Italia“, um, wie er sagte, zu zeigen, wie wenig ihn die Blockade daran hindere, mit Europa in Verbindung zu bleiben.

Madrid, 17. Juni. Wie dem „Journal“ aus Madrid gemeldet wird, werden die Vorbereitungen für die militärische Aktion in der spanischen Zone Marokkos fortgesetzt; es sei noch zweifelhaft, ob die Operation in Form einer Truppenlandung in der Alhucemasucht vor sich gehen werde. In gut unterrichteten Kreisen wird berichtet, daß in militärischer Hinsicht keine wesentlichen Maßnahmen im Verlauf der französisch-spanischen Marokkopolizei in Madrid beschlossen werden würden. Spanien und Frankreich werde, jedes in seiner Zone, operieren, und man dürfe nicht mit einer Vereinigung der Streitkräfte beider Länder unter einer einheitlichen Leitung rechnen.

London, 17. Juni. „Times“ sagt in einem Beitrag über die Friedensausichten in Marokko, die Rückwirkung der Posten, die Frankreich schließlich wählen werde, werde zweifellos einen beträchtlichen Einfluß auf die Fragen ausüben, die viele andere Mächte betreffen. Diese Rückwirkung werde von den Beteiligten sorgsam beobachtet werden. Vorläufig sei es schließlich Sache der Kämpfenden, zu entscheiden, ob man mit dem Kampf solange fortfahren kann und will, bis Abd el Krim völlig geschlagen ist, oder sich bedingungslos unterworfen hat.

#### Unruhige Marokkodebatte.

Paris, 17. Juni. Die Kammerausschüsse für auswärtige Angelegenheiten, für Heeresangelegenheiten und für Finanzen sind heute nachmittag zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengetreten, um einen Bericht des Ministerpräsidenten Painlevé über seine Reise nach Marokko entgegenzunehmen. Auch einige Mitglieder des Marokkoausschusses haben der Sitzung beigewohnt. Ministerpräsident Painlevé erklärte, bevor er seine Ausführungen begann, müsse jeder Anwesende die ehrenwörtliche Verpflichtung abgeben, daß er keine Mitteilung militärischer Art, die gemacht werden könne, weitergeben. Die Kommunisten, die anwesend waren, ließen eine Erklärung verlesen, in der sie Widerspruch gegen das Verlangen des Ministerpräsidenten erhoben und das Recht für sich in Anspruch nahmen, der Sitzung beizuwohnen, ohne die ehrenwörtliche Verpflichtung, die der Ministerpräsident forderte, zu übernehmen. Der Vorsitzende, Abgeordneter Franklin Bouillon, ersuchte Painlevé sich zurückzuziehen, bis der Zwischenfall geregelt sei. Er schlug vor, einen Unterausschuß einzusetzen, der sich in ein anderes Beratungszimmer begeben sollte, um dort die Erklärungen des Ministerpräsidenten unter Ausschluß der kommunistischen Abgeordneten entgegenzunehmen und darüber zu beraten. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Bevor die erwähnten Mitglieder des Unterausschusses sich nach dem Beratungszimmer, das im Gebäude des Kammerpräsidenten gelegen ist, begeben konnten, erschienen sechs kommunistische Abgeordnete und verlangten Zutritt. Dieser wurde ihnen verweigert. Als Franklin Bouillon rief: „Sie werden nicht eintreten“ versuchte der kommunistische Abgeordnete Marty, der ehemalige Kommandant der Schwarzen-Meer-Flotte, den Eintritt zu erzwingen. Es entstand eine erregte Szene, an der sich auch der kommunistische Abgeordnete Baillan-Gouturier beteiligte. Man befürchtete sogar, daß es zu einer Schlägerei kommen werde, da die kommunistischen Abgeordneten die Vorsitzenden der Ausschüsse und die spanischen Vertreter zu schließen versuchten.

#### Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung in der Schweiz.

Bern, 17. Juni. Der Nationalrat genehmigte in der Schlussabstimmung mit 152 gegen 121 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend die Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung.

#### Eine Kundgebung des Gewerkschaftsringes gegen die Zollvorlage in Berlin.

Berlin, 18. Juni. Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände hat gestern abend eine Kundgebung gegen die Zollvorlage veranstaltet.

### Dr. Schacht über die Rentenbank-Kreditanstalt.

Berlin, 17. Juni. Im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages äußerte sich der Präsident der Deutschen Girozentrale Deinet dahin, daß die Rentenbank aus den Rentenbankkrediten jährlich 200 MILL. Mark zurückzulegen habe. Dazu kämen noch 80 MILL. an Grundschuldzinsen. Diese Verpflichtung von jährlich 350 Millionen Mark könne die Landwirtschaft aus Ueberschüssen oder Ersparnissen nicht zahlen, so daß eine neue Kreditquelle eröffnet werden müsse, wenn die Rentenbank liquidiert sei. Die Landwirtschaft brauche den Personalkredit dringend und es sei keine Aussicht bei der Entwicklung der Wirtschaft, daß diese entstehende Lücke aus der inneren Privatwirtschaft ausgefüllt werde. Die Sparkassen hätten für den Personal- und Realcredit der Landwirtschaft bedeutende Summen geleistet, seien jetzt aber nicht in der Lage, noch mehr zu leisten. Durch die Inflation habe die Landwirtschaft das Betriebskapital fast ganz verloren und sei auf Betriebskredit angewiesen. Wenn die Rentenbankkreditanstalt nicht gegründet werde, müßte etwas Neues geschaffen werden, damit die Landwirtschaft die abgewickelten Rentenbankkredite zurückzahlen könne, wenn man nicht die Gefahr der Betriebsverluste in größerem Umfange herbeiführen wolle. Die Hilfe des Auslandes herbeizurufen, sei für die Landwirtschaft erwünscht und volkswirtschaftlich und währungspolitisch unbedenklich. Auslandskredite zu beschaffen, sei nur auf dem Wege über die Landwirtschaft möglich. Dies sei z. B. zu erklären aus der psychologischen Einstellung der Amerikaner, die in dieser Hinsicht eine breite Basis für die Kreditfähigkeit sehen würden.

Auf Anfrage des Abg. Dietrich-Brenzlau (Fr.), ob ein Eigenkapital der Rentenbankkreditanstalt von 500 Millionen Mark genügen würde, meint Präsident Deinet, daß das Eigenkapital so hoch wie möglich gegriffen werden möge und unter Umständen bei den 500 Millionen nicht stehenbleiben solle, da Amerikaner und Engländer zu allererst nach dem Eigenkapital eines Institutes fragen.

Präsident Schwarz von den Vereinigten Deutschen Hypothekendarlehenbanken widerspricht der Auffassung, daß die bestehenden Kreditinstitute für die Landwirtschaft Kredite nicht mehr leisten könnten. Seit dem Aufhören der Inflation seien von diesen Instituten der Landwirtschaft 4-500 Millionen Goldmarkkredite zugeführt worden. Wenn die landwirtschaftlichen Pfandbriefe so tief stünden, so läge es daran, daß die Landwirte sich den Verhältnissen nicht richtig angepaßt hätten. Die Hypothekendarlehenbanken gäben Pfandbriefe nur soweit aus, als der Kapitalmarkt sie aufnehmen könne. Notwendig und möglich werde es sein, Auslandskredite zu beschaffen. Über den amerikanischen Kredit werde nicht illig sein. Die Höhe des amerikanischen Zinsfußes sei durch das Tagesgutachten gegeben. Es werde immerhin ein Zinsfuß von 9-10 Prozent für den einzelnen Darlehensnehmer herauskommen.

Darauf sprach sich der Reichsbankpräsident Dr. Schacht in eingehenden Darlegungen für die schnelle Erledigung der Vorlage und Gründung der Rentenbankkreditanstalt aus, da unsere Landwirtschaft, unsere wertvollste Produktionsquelle, dringend der Hilfe bedürfe. Er beantwortete diese Frage in der Hauptsache folgendenmaßen: Die Reichsbank hat vom ersten Augenblick in die schnellste Beschaffung ether Möglichkeit, für die deutsche Landwirtschaft Kredite zu bekommen, für dringend geboten gehalten. Es steht uns keine wichtigere Aufgabe bevor, als die Produktivität der Landwirtschaft zu heben. Die Frage, ob die geplante Rentenbankkreditanstalt diese Möglichkeit bietet, möchte ich grundsätzlich bejahen. In dieser Gesetzesvorlage wird eine Sicherheit für den Geldgeber geschaffen, die alle anderen bestehenden Möglichkeiten übertrifft. Erstens bietet die gesamte Uebernahme der Landwirtschaft eine sehr große Sicherheit, ebenso das starke Eigenkapital dieser Organisation, und zweitens bietet die steuerliche Belastung der Landwirtschaft für den Geldgeber eine sehr starke Sicherheit. Vom Standpunkt der Währungspolitik aus habe ich keine Bedenken gegen dieses Institut. Auch die Verschuldung in fremder Valuta halte ich nicht für bedenklich, solange sie sich in vernünftigen Summen bewegt. Allerdings, wenn das Institut sich zu Milliarden entwickelt, könnten bedenkliche Summen herauskommen. Aber es ist im Gesetzentwurf die Genehmigung der Regierung für Schuldverrichtungen in fremder Valuta vorgesehen, so daß sich diese Bedenken erledigen. Vom Standpunkt der Kreditpolitik der Reichsbank haben wir gewisse Bedenken gegen die Gewährung von Personalkrediten.

Wenn die Rentenbankkreditanstalt nicht zustande